Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Ihr Ansprechpartner
Falk Lange

Durchwahl
Telefon +49 351 564 60200

falk.lange@smwk.sachsen.de*

12.01.2017

Staatsregierung und Spitzenvertreter von Wissenschaft und Forschung beraten Europäisches Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“

Politik und Forschung erarbeiten gemeinsame Positionen für zukünftige EU-Forschungsförderung

Hochrangige Vertreter der bundesdeutschen Forschung aus Wissenschaft und Wirtschaft sind der Einladung von Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange, Europaminister Dr. Fritz Jaeckel, und Wirtschaftsminister Martin Dulig gefolgt, um in einer gemeinsamen Veranstaltung das 8. Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ insbesondere im Hinblick auf sächsische Perspektiven zu beraten. Das Förderprogramm „Horizont 2020“ zielt darauf ab, EU-weit eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen und gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Neben einer Zwischenevaluierung von „Horizont 2020“ ging es bei dem Treffen auch bereits um die Vorbereitung eines 9. Europäischen Forschungsrahmenprogramms ab 2021.

Gekommen sind die Präsidenten oder Vizepräsidenten und hochrangige Vertreter der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und der Hochschulrektorenkonferenz.

„Die erfolgreiche Arbeit der von Ihnen vertretenen Einrichtungen und Unternehmen ist der Grund dafür, dass die Europäische Kommission den Freistaat Sachsen inzwischen zu den führenden innovativen Regionen Europas zählt“, sagte Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange. Bisher liege Sachsen bei „Horizont 2020“ mit gut 185 Millionen Euro Zuwendungen und 354 sächsischen Beteiligungen an etwa 280 Projekten auf Platz 6 im Bundesländerranking. Die Zuwendungsanteile liegen bei etwas mehr als einem Drittel für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen,

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

etwa einem Drittel für die Hochschulen und einem knappen Drittel für Unternehmen.

„Auch nach 2020 muss ein exzellenzorientiertes, finanziell ausreichend ausgestattetes europäisches Forschungsrahmenprogramm vorhanden sein. Die erreichten Fortschritte in Wirtschaft und Innovationskraft der Wirtschaft sind nur auf diesem Weg zu sichern und auszubauen. Alle Teilnehmer sind daran interessiert und werden sich für dieses Ziel einsetzen“, sagte Stange.

„Für Sachsen sind die EU-Fördermittel insbesondere im Bereich der Forschungs- und Innovationsförderung von großer Bedeutung – rund 40 Prozent aller EFRE-Mittel in Sachsen von 2014 bis 2020 sind dafür vorgesehen“, betonte der Chef der Staatskanzlei und Europaminister Dr. Fritz Jaeckel. „Gleichzeitig beanspruchen neue Politikbereiche und Herausforderungen durch Integration, grenzüberschreitende Verteidigungspolitik oder auch den Brexit europäische Mittel. Politik und Forschung in Sachsen müssen sich daher weiterhin gemeinsam für eine künftige und klug an den richtigen Bedarf ausgerichtete EU-Forschungsförderung engagieren.“

Wirtschaftsminister Martin Dulig fügte hinzu: „Europäische Forschungs- und Innovationsförderung bietet nicht nur eine willkommene finanzielle Hilfestellung. Noch wichtiger ist, dass sie die internationalen und interkulturellen Kooperationskompetenzen unserer Unternehmen fördert und deren globale Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Das gilt besonders für Sachsen und für die anderen neuen Länder. Denn ganz im Gegensatz zu den forschungsstarken Ländern im Westen, wie Baden-Württemberg und Bayern, dominieren bei uns die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) das privatwirtschaftliche FuE-Geschehen. Und deshalb lautet meine Kernforderung an die EU: Europäische Forschungsförderung muss vor allem für KMU noch besser erreichbar werden.“

Zu den bei dem Treffen geäußerten Kernpunkten der sächsischen Position gehört zudem, dass die „Horizont 2020“ - Verbundforschung mit Partnern aus verschiedenen Mitgliedstaaten auch in Zukunft nicht kredit- sondern nur zuschussfinanziert realisiert werden könne. Ein weiterer Vorschlag war, mithilfe von Finanzinstrumenten geeignete Projekte wenn notwendig bis zur Marktreife zu führen, denn der wirtschaftliche Erfolg von Forschungsergebnisses sichere auch die Forschung der Zukunft. Exzellenz zu schaffen und zu verbreiten, auch dazu bekannten sich die sächsischen Vertreter. Besonderes Interesse gelte dabei auch einer Zusammenarbeit mit den sächsischen Nachbarn Polen und Tschechien, die wie die meisten seit 2004 beigetretenen 13 EU-Staaten noch unterdurchschnittlich von „Horizont 2020“ profitierten.

Neben 14 staatlichen Hochschulen in Sachsen gibt es einige überwiegend geisteswissenschaftliche, rein landesfinanzierte Einrichtungen und nicht weniger als 14 Fraunhofer-Einrichtungen, sechs Max-Planck-Institute, sechs Leibniz-Institute, zwei Helmholtz-Zentren, ein Helmholtz-Institut sowie Partnerstandorte von drei deutschen Zentren für Gesundheitsforschung und dem Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen. Hinzu kommen privat grundfinanzierte forschende Einrichtungen sowie die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen.

Zu den Teilnehmern der Veranstaltung gehörten:

als Vertreter des Freistaats Sachsen: Ministerin für Wissenschaft und Kunst Dr. Eva-Maria-Stange, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Fritz Jaeckel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Arbeit Martin Dulig

und

der Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Dr .Dr. h.c. Ulrich Rüdiger, der Leiter des Referats Europäische Wirtschaftspolitik des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Christopher Gosau, das Präsidiumsmitglied der Leibniz-Gemeinschaft und Direktorin des Leibniz-Instituts für Polymerforschung Dresden, Prof. Dr. Brigitte Voit, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Martin Stratmann, der Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Otmar D. Wiestler, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft Prof. Dr.-Ing. Reimund Neugebauer, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr. Peter Strohschneider.